

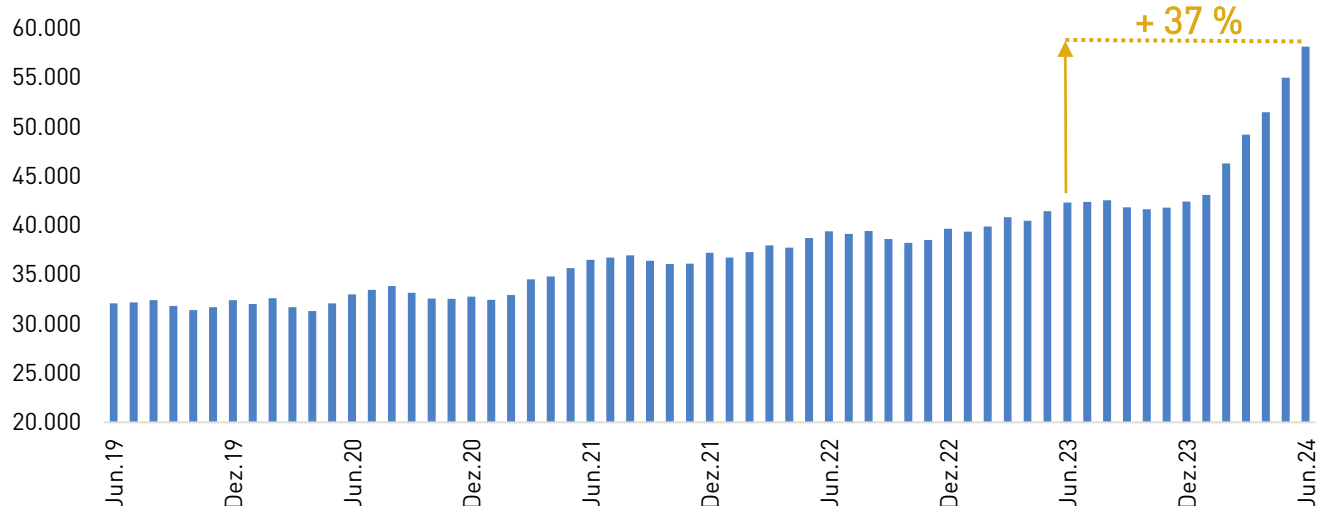
Chart of the Week

Die Anhebung des Frauenpensions-Antrittsalters zeigt Wirkung

Der demographische Wandel und der maßgeblich durch ihn verursachte Arbeitskräftemangel stellen unser Wirtschafts- und Sozialmodell vor große Herausforderungen. Um diesen zu begegnen und unseren Wohlstand auch in Zukunft abzusichern, sind mutige arbeitsmarktpolitische Entscheidungen erforderlich. Die 1992 beschlossene Reform zur schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen ab Jänner 2024 bis 2033 war ein erster Schritt in die richtige Richtung und beginnt nun Wirkung zu zeigen, wie die neuesten Zahlen des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger belegen: So waren im Juni 2024 um rund 16.000 mehr Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren unselbständig beschäftigt als noch im Juni 2023. Das entspricht einem Zuwachs von 37 %. Zum Vergleich: In den Jahren davor wuchs die Anzahl der unselbständig beschäftigten Frauen in dieser Altersgruppe durchschnittlich nur um rund 3.000 Personen pro Jahr.

Seit Juni 2023 sind 37 % mehr ältere Frauen im Erwerbsleben geblieben

Anzahl unselbständig beschäftigter Frauen im Alter von 60 bis 65 Jahren in Österreich



Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger

Das Ermöglichen einer längeren Erwerbsbeteiligung von älteren und erfahrenen Arbeitskräften ist ein zentraler Ansatzpunkt der Arbeitsmarktpolitik. Einerseits stellt sie ein probates Mittel dar, um dem sich immer weiter verschärfenden Arbeitskräftemangel zu begegnen. Andererseits trägt sie dazu bei, ein zukunftssicheres Pensionssystem zu gewährleisten. Was im vorliegenden Fall jedoch auch besonders deutlich wird: Lange Vorlaufzeiten bis zum Einsetzen der Wirkung von Strukturreformen dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Sie machen ein rasches politisches Handeln umso notwendiger.

FAZIT: Durch die Reform des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen gelingt es nun, mehr Frauen ab 60 im aktiven Erwerbsleben zu halten. Die Rahmenbedingungen zu schaffen, um dem anstehenden demographischen Wandel zu begegnen und in Zukunft weiterhin mehr ältere und erfahrene Mitarbeiter:innen in den Unternehmen zu halten, ist eine wichtige Aufgabe der Politik. Weitere Ansatzpunkte zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes gilt es ebenfalls konsequent weiterzuverfolgen. Dazu gehören neben einer Attraktivierung von Arbeit durch abgabefreies Arbeiten in der Pension und steuerfreie Überstunden auch die Senkung von Lohnnebenkosten sowie eine dringend notwendige Ausweitung des Zuzugs qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Webseite!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Dominik Stelzeneder
dominik.stelzeneder@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 4211
13. August 2024